E-Partizipation zum Dialog für Flüchtlinge und mit Flüchtlingen?

Julia Kleber

Die Flüchtlingskrise ist medial präsent. Täglich informieren Berichte, Reportagen und »Brennpunkte« über die Schicksale der Geflüchteten, die internationalen Lösungskonzepte sowie über die in- und ausländischen Politikdebatten zu Kontingenten und Obergrenzen. Möchte man sich weiter informieren, kann der Blick in die Online-Welt zusätzlich bei der Informationssuche und Meinungsbildung helfen. Darüber hinaus böte das Internet durch seine Eigenschaft als Many-to-Many-Medium die Möglichkeit für einen breiten Diskurs zum Umgang mit dem Thema »Flüchtlinge« und den damit verbundenen Herausforderungen.

Doch bei der Suche nach entsprechenden Orten im Netz stößt man schnell auf rechtstendierte oder fremdenfeindliche Diskussionen in Foren oder bei Facebook und Twitter. Die Website www.netz-gegen-nazis.de gibt seit August 2015 monatlich einen Überblick zu Hassreden und Diskriminierungen im Internet und in den sozialen Medien. Im Kontrast zu diesen Online-Funden machen Plattformen und Initiativen auf sich aufmerksam, deren Fokus sinnvollerweise auf der Koordinierung der Flüchtlingshilfe liegt. Ob www.bringt-zusammen.de, www.helpto.de oder www.fluechtlinge-willkommen.de – all diese Plattformen bewegen sich dabei immer zwischen den drei ineinander verwobenen Positionen von Helfenden, Hilfsorganisationen und Flüchtlingen.

Zwischen diesen Ergebnissen der Online-Recherche zum Thema »E-Partizipation für und mit Flüchtlingen« bleibt die Suche nach Online-Dialogen ergebnislos, die das Thema »Flüchtlinge« konstruktiv und sachorientiert behandeln und die beispielsweise darauf zielen, Fragen zu klären, Lösungskonzepte zu erarbeiten oder Bürgerinnen und Bürger mit Geflüchteten in Kontakt zu bringen. Dieser Hintergrund gibt Anlass zu fragen: Wie ist der generelle Stand von Dialogangeboten in diesem Kontext? Und: Was vermögen Online-Partizipationsformate für einen Diskurs zu den Herausforderungen der Flüchtlingsthematik und für einen Dialog mit Flüchtlingen zu leisten?

Status Quo

In der Offline-Welt gibt es Beispiele, die zeigen, wie wesentlich der Dialog zur Flüchtlingsthematik für ein gutes Zusammenleben und eine konstruktive Planung ist. Horb, Freiburg und Schwäbisch Gmünd wollen in Baden-Württemberg vorangehen und zeigen, wie der »Flüchtlingsdialog« gestaltet werden kann. In Schwäbisch Gmünd, wo derzeit 800 Flüchtlinge leben, kamen am 09. März erstmals 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an fünf Thementischen zur städtischen Integrationsarbeit zusammen. Hier ist klar, dass Integration nur gemeinsam geht, weswegen die »Initiative für kommunale Flüchtlingsdialoge« auch gestartet wurde. Dabei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler,

dem baden-württembergischen Städtetag und der Bertelsmann Stiftung. Ziel der Initiative ist es, Lösungen zu zentralen Themen im Dialog von Politik, Verwaltung, Bürgerschaft, Zivilgesellschaft und Flüchtlingen zu erarbeiten (1).

Auch andernorts wird auf Dialog in der Flüchtlingskrise gesetzt. In Köln, Bonn und auch in Dortmund finden sogenannte Nachbarschaftsdialoge statt. So wird konkret in Dortmund den Fragen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger auf Bürgerdialogen begegnet, die in der Nähe von Flüchtlingsunterkünften stattfinden. Ziel ist es, Verständnis für das Flüchtlingsaufkommen und Transparenz zum weiteren Vorgehen in der Unterbringung der Geflüchteten herzustellen (2).

Mit Blick in die virtuelle Welt sind, wie eingangs bemerkt, bis zum jetzigen (Schreib-)Zeitpunkt keine Ergebnisse von Online-Bürgerbeteiligung zur Flüchtlingsthematik und/oder mit Flüchtlingen zu finden. Dabei bietet E-Partizipation als Instrument der Bürgerbeteiligung, das von Politik und Verwaltung zur Beratung und Bereicherung der eigenen Entscheidungsprozesse eingesetzt werden kann, die Möglichkeit, unterschiedliche Themen ziel- und ergebnisorientiert mit der Öffentlichkeit zu diskutieren.

»E-Partizipation wird in der Literatur als der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Kontext der demokratie-politischen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern definiert.« (Scherer/Wimmer 2015, S. 295). Dabei wird es als Möglichkeit zur »schnelle[n] und unmittelbare[n] Meinungsäußerung« (Fritsch/Nanz 2012, S.89) unabhängig von Ort und Zeit verstanden, die damit nicht zwingend an Präsenzformate geknüpft sein muss. Dies ermöglicht eine Absenkung von Beteiligungsbarrieren und damit eine breitere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger (ebd.). Neben dem Erreichen eines breiteren Zielpublikums zielt E-Partizipation zudem auf die Förderung der kommunikativen Fähigkeiten von Bürgerinnen und Bürgern, die Bereitstellung zugänglicher und verständlicher Informationen sowie die Unterstützung beratender Debatten zur Stärkung der Demokratie ab (vgl. Scherer/Wimmer 2015: 296).

In der kommunalen Praxis wird Online-Bürgerbeteiligung bei einer Vielzahl von Themen als sinnvoll erachtet (vgl. Abschlussbericht: E-Partizipation in der öffentlichen Verwaltung 2011). Und tatsächlich, ob in der Stadtplanung und -entwicklung, der Verkehrsplanung, im Bereich Umwelt oder Bildung – deutschlandweit zeigen Beispiele, dass E-Partizipation als Instrument der Bürgerbeteiligung gut und thematisch vielseitig einsetzbar ist (3). Wie geeignet ist es aber für den Dialog in der Flüchtlingskrise und mit Flüchtlingen?

E-Partizipation kann den Herausforderungen von Flüchtlingsdialogen begegnen

Bei der Auftaktveranstaltung zur o.g. »Initiative für kommunale Flüchtlingsdialoge« am 21. Januar 2016 kamen nach Beiträgen und Diskussionsrunden von Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Staats- und Kommunalvertretern noch ungeklärte Fragen und folgende Herausforderungen zu Tage (4):

- die Sprachproblematik als Barriere für einen gemeinsamen Dialog,
- die stark emotionalisierte Debatte,
- die Angst vor Flüchtlingen,
- eine funktionierende Kulturvermittlung.

Anforderungen, denen durch einen erweiterten Dialog im Internet begegnet werden könnte. Denn gegenüber herkömmlichen Formen der Bürgerbeteiligung hat E-Partizipation hilfreiche Eigenschaften, die in Betracht gezogen und bei der Gestaltung von Dialogen berücksichtigt werden sollten:

a) Transparenz und besserer Zugang durch Mehrsprachigkeit

Ein Vorteil der Bürgerbeteiligung über das Internet ist die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, an Planungs- und Entscheidungsprozessen teilnehmen zu können, ohne sich dabei zeitlich oder räumlich an eine Veranstaltung binden zu müssen (Trénel/Märker 2004, S. 62/63). Geht es um einen Dialog, der Migrantinnen und Migranten oder speziell Flüchtlinge adressiert, müssen neben dem Abbau der Zeit-Raum-Barriere, sprachliche Kompetenzen sowie verlässliche Informationen zur Teilhabe bereitgestellt werden (Zapata-Barrero et al. 2013, S. 4).

Für einen gemeinsamen, integrierenden Dialog muss daher in einem ersten Schritt dafür gesorgt werden, dass grundlegende Informationen auch für Flüchtlinge zentral zur Verfügung stehen und, wenn sprachliche Kompetenzen noch fehlen, Informationen mehrsprachig bereitgestellt werden. Erst in einem weiteren Schritt geht es um den Dialog selbst. Können auf Veranstaltungen beide Schritte durch Dolmetschen übernommen werden, müssen in Online-Beteiligungsverfahren die Schritte separat betrachtet werden.

So können durch die Verwendung einer mehrsprachigen Dialogsoftware Flüchtlinge über den Rahmen von Veranstaltungen hinaus zentral informiert werden. Der erste Schritt zur Beteiligung kann somit auch online gegangen werden. Dies hat den Vorteil, dass Informationen dauerhaft und zentral bereitstehen. Für den nächsten Schritt zum mehrsprachigen Dialog sind online-basierte Konsultationsverfahren eine Herausforderung. Das zeigt das Beispiel der »EUROPEAN CITIZENS CONSULTATIONS« – das erste gesamteuropäische Partizipationsprojekt zwischen Oktober 2006 und Mai 2007, das Bürgerinnen und Bürger aus den 27 EU-Staaten mit 23 unterschiedlichen Sprachen adressierte. Gegenstand des Dialogs war die Zukunft Europas, die auf Live-Events mit ausgewählten Europäerinnen und Europäern diskutiert wurde und online für die breite Öffentlichkeit auf 27 nationalen Plattformen zur Konsultation stand. Der Übersetzungsaufwand war eine kaum zu bewältigende Herausforderung, weswegen Dialoge nur nebeneinander und nicht miteinander stattfinden konnten (5). Hier wird deutlich: E-Partizipation kann keine alleinige Lösung für den Dialog sein. Die methodische Herangehensweise und Zusammenstellung einer mehrsprachigen Bürgerbeteiligung muss gut durchdacht sein und braucht notwendigerweise auch Präsenzformate für den direkten Austausch. E-Partizipations-Plattformen sind parallel

dazu wesentlich für dauerhafte Informationsangebote, die einfach mehrsprachig angezeigt werden können. Auch sind sie für Konsultationsformen sinnvoll, wie Befragungen oder das Online-Einreichen von Stellungnahmen, die keine unmittelbare gegenseitige Bezugnahme von Kommentaren und Beiträgen – also direkte Übersetzungsleistungen – erfordern. An dieser Stelle sei betont, dass Offline- und Online-Formate nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern vielmehr Methoden mit gleichem Zweck sind, derer man sich für eine zielführende Bürgerbeteiligung bedienen kann.

b) Sichtbar geführte, sachliche Debatten

Angesichts der emotionalisierten Debatte sowie der hitzigen und häufig rechtsradikal geführten Diskussionen in den sozialen Medien, ist die Suche nach einer Lösung und Bühne für den konstruktiven Dialog notwendig. Bei dieser Suche ist es wichtig, die Kommunikationsmodi von Facebook und Twitter nicht mit denen spezieller Online-Formate zur Bürgerbeteiligung zu verwechseln. Zwar ist auch E-Partizipation eine textbasierte und zeitversetzte Kommunikation. Doch für Bürgerbeteiligung im Internet stehen verschiedene Software-Lösungen bereit, die speziell für konstruktive Dialoge entwickelt wurden und die Bedarfe von öffentlichen Institutionen adressieren (vgl. Martini/Fritsche 2015: 39/40). So ermöglichen E-Partizipationsformate – im Gegensatz zu den Social Media Plattformen – die Kommunikation transparent und vertrauensfördernd zu gestalten sowie mittels sachlicher und differenzierter Diskussionen (vgl. Trénel/Märker 2004, S. 62/63) konkrete Ergebnisse zu erarbeiten. Dabei sei vorausgesetzt, dass mit der eingesetzten Software Sicherheitsanforderungen und -maßnahmen für vertrauenswürdige E-Partizipationsangebote beachtet werden (vgl. Scherer/Wimmer 2015: 299-301).

Um einen solchen Online-Dialog in einem sachlichen Rahmen zu führen, ist eine professionelle Moderation und Redaktion unablässig (vgl. Märker/Wehner 2008: 12). Neben Veranstaltungen zur persönlichen Begegnung und dem Austausch von Flüchtlingen mit Politik, Verwaltung und Bürgerschaft kann E-Partizipation also gute Mittel bieten, um einen sachlichen Dialog zu ermöglichen und gleichzeitig aufzuzeigen, wie aus emotionalisierten Debatten zielorientierte Aushandlungsprozesse werden.

c) Dauerhafte Bühne für Kommunikation und Kulturvermittlung

Folgt man gedanklich dem Kulturwissenschaftler Jan Assmann, ist Alltagskommunikation ein Teil sowie Vorstufe der kulturellen Identität einer Gesellschaft, was er das »kulturelle Gedächtnis« nennt (vgl. Assmann 1988, S. 9/10). Für die Identität einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ist es demnach von zentraler Bedeutung, wie kommunikativ mit den Herausforderungen durch den Zustrom von Flüchtlingen in Deutschland umgegangen wird. Eine wachsende Bedeutung in diesem Kontext hat das Internet: »Im Netz wird der ganze politische Diskurs der Nation eigenständig entfaltet« (Hönigsberger 2014, S. 146). Auch hier entsteht kulturelle Identität, wird sie sichtbar und wird vermittelt. Bisher zeigt sich die Kommunikation im Netz zum Thema Flüchtlinge in Form fremdenfeindlicher Hetze oder in Form des Engagements freiwilliger Bürgerinnen und Bürger für die Flüchtlingshilfe. Respektvolle Diskussionen und konstruktive Dialoge, um Lösungen zu erarbeiten oder mit Ge-

flüchteten in Kontakt zu kommen, sind weitestgehend nicht vorhanden. Das muss nicht so sein. Im Gegensatz zu den sozialen Medien kann durch gut konzipierte Bürgerbeteiligung, die auch Online-Beteiligungsangebote für Bürgerinnen und Bürger vorsieht, die Art der Kommunikation sowie der Diskurs rund um die Flüchtlinge in Deutschland und den damit verbundenen Herausforderungen konstruktiv gestaltet werden. Es wird eine bessere gegenseitige Bezugnahme und automatisch eine transparente Dokumentation des Dialogs ermöglicht (Trénel/Märker 2004, S. 62/63). Diese Art von Online-Kommunikation braucht eine dauerhafte Sichtbarkeit und Dokumentation, um sich im Sinne einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zu kultivieren. Durch Politik und zivilgesellschaftliche Organisationen können E-Partizipations-Plattformen geschaffen werden, die diesen Prozess fördern.

Quo Vadis?

»Es gab in Deutschland und überall vermutlich auch früher solche Debatten, die haben aber am Stammtisch in der Kneipe stattgefunden« so der Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Martin Emmer zur dominanten rechtsradikalen Hetze bei Facebook und Twitter (4).

Wie der Beitrag zeigte, gibt es dazu bisher keine realisierten alternativen Online-Formate, über die Dialog auch konstruktiv und planvoll stattfinden kann. Es scheint, als ob Institutionen, Politiker/innen oder Verwaltungsspitzen bisher nicht online zur Flüchtlingskrise beraten werden wollen. Die genauen Gründe dafür sind unbekannt. Sicherlich bestehen gerade wegen der unsachlichen Debatten im Internet und den sozialen Medien große Vorbehalte, den Dialog auch online zu gestalten. Klar ist aber, dass damit das Online-Feld denen überlassen wird, die fremdenfeindlich und populistisch Meinungsmache betreiben. Deshalb und wegen der vorteilhaften Eigenschaften von E-Partizipation zum Dialog für und mit Flüchtlingen braucht es Online-Angebote seitens Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationen, über die mithilfe entsprechender Software-Lösungen sicher, ziel- und ergebnisorientiert diskutiert werden kann.

E-Partizipation könnte eine Möglichkeit sein, Beteiligungsprozesse mit und für Flüchtlinge zu gestalten. Solche Plattformen würden eine Anlaufstelle für jene bieten, die ihr Wissen teilen und sich an der Suche gemeinsamer Lösungen sachorientiert beteiligen wollen.

Anmerkungen

(1):http://www.horb.de/de/Stadt+B%C3%BCrger/Aktuelles/Stadtnachrichten/Stadtnachricht?view=publish&item=article&id=1627, letzter Besuch 22.02.16 um 13.45 Uhr

(2):http://www.dialoggestalter.de/projekte/fluechtlinge-als-nachbarn.html

(3):https://www.politik.de/politikde/de/mapconsultation/45737

(4):https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/beteiligungsportal/Dokumente/fluechtlingsdialog-mitschrift_kick-off_20160121.pdf ,letzter Besuch 22.02.16 um 13.45 Uhr

(5):Internationale Beispiele für E-Partizipation: http://www.partizipation.at/948.html, zuletzt besucht 24.02.2016 um 15 Uhr

Literatur

Scherer, Sabrina/ Wimmer, Maria (2015): Vertrauensförderung in E-Partizipation. Analyse von Gefahrenpotenzialen und Sicherheitsanforderungen. In: Datenschutz und Datensicherheit, Wiesbaden.

Fritsche, Miriam/ Nanz, Patrizia (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren, Akteure, Chancen und Grenzen. In: bpb Schriftenreihe Band 1200, Bonn.

Hönigsberger, Herbert (2014): Neuland – Politische Alltagskommunikation und Netzrevolution: Welche neuen Möglichkeiten bietet das Internet, um zu verstehen, was Bürger denken? In: Denkwerk Demokratie (Hg.): Sprache. Macht. Denken. Politische Diskurse verstehen und führen, Frankfurt/ New York, S. 141 – 158.

Martini, Mario/ Fritzsche, Saskia (2015): Kompendium Online-Bürgerbeteiligung. Rechtliche Rahmenbedingungen kommunaler Beteiligungsangebote im Internet, München: http://www.bay-innovationsstiftung.de/fileadmin/docs/OBB/Online_Buergerbeteiligung.pdf, letzter Besuch am 23.02.2016.

Märker, Oliver/ Wehner, Josef (2008): E-Partizipation – ein Beratungsinstrument für Politik und Verwaltung. In: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 14/2008 vom 18.07.2008.

Märker, Oliver/ Trénel, Matthias (2004): E-Partizipation: Das Internet als Medium für Bürgerbeteiligung. In: iPublic - Psychologie im Umweltschutz 2004, 8:59-65

Zapata-Barrero, Ricard/ Gabrielli, Lorenzo/ Sánchez-Montijano, Elena/ Jaulin, Thibaut (2013): The political participation of immigrants in host countries: An interpretative framework from the perspective of origin countries and societies. In: INTERACT RR2013/07, Robert Schuman Centre for Advances Studies, San Domenico di Fiesole (FI): European University Institute, 2013.

Autorin

Julia Kleber studierte Kommunikationswissenschaft und Interkulturelle Wirtschaftskommunikation an der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie Medien und Politische Kommunikation an der FU Berlin, in Helsinki und Jerusalem. Als Stipendiatin der Einstein-Stiftung Berlin lag ihr wissenschaftlicher Fokus auf der Erforschung von Open-Government- und Online-Bürgerbeteiligung.

Als Fachberaterin der polidia GmbH für kommunale Beteiligungsverfahren betreut Julia Kleber die Initiierung, Konzeption und Prozessgestaltung von E-Partizipationsverfahren aus Politik und Verwaltung in den Themenfeldern Finanzen, Stadtplanung, Verkehr, Klima, Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung. Im Fokus steht dabei, das politische und gesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der repräsentativen Demokratie.

Kontakt

Julia Kleber
polidia GmbH
Rosenthaler Str. 13
10119 Berlin
Telefon: +49 30 97006156
E-Mail: julia.kleber@polidia.de

Redaktion eNewsletter

Stiftung Mitarbeit
Netzwerk Bürgerbeteiligung
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de